

Kromphardt, Jürgen

**Article — Digitized Version**

## Aktuelle stabilitätspolitische Strategien und ihre theoretische Fundierung

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Kromphardt, Jürgen (1982) : Aktuelle stabilitätspolitische Strategien und ihre theoretische Fundierung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 2, pp. 72-77

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135647>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK

# Aktuelle stabilitätspolitische Strategien und ihre theoretische Fundierung

Jürgen Kromphardt, Berlin

Die Öffentlichkeit ist in letzter Zeit mit einer Vielzahl von Vorschlägen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und schleichender Inflation konfrontiert worden. Die Vorschläge scheinen sich manchmal zu ergänzen, häufig aber zu widersprechen. Um sich in dieser Vielfalt zurechtzufinden, ordnet Prof. Kromphardt die wirtschaftspolitischen Strategien zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Inflation nach dem Gewicht, das sie den Nachfrageproblemen oder den Problemen auf der Angebotsseite zumessen.

Beginnt man mit rein nachfrageorientierten Strategien, so schließt sich daran ein Kontinuum von Strategien mit abnehmendem Gewicht der Nachfrage- und zunehmendem Gewicht der Angebotsaspekte an; jeder Gruppenbildung haftet daher etwas Willkürliches an. Dennoch möchte ich für die Darstellung der wichtigsten aktuellen stabilitätspolitischen Strategien und ihrer wirtschaftstheoretischen Grundlagen eine Einteilung in drei Gruppen vornehmen:

- Nachfrageorientierte Strategien (Memorandumgruppe);
- nachfrage- und angebotsorientierte Strategien (DIW, DGB);
- angebotsorientierte Strategien (Deutsche Bundesbank, Sachverständigenrat, Reagans Supply Economics).

Gemeinsam ist allen hier behandelten Strategien (mit Ausnahme der Vorschläge der Memorandumgruppe), daß die mittel- und langfristigen Renditeerwartungen der Unternehmer verbessert werden sollen, damit sie wieder mehr Investitionen vornehmen, aus denen sich auch Multiplikatorwirkungen ergeben, so daß durch mehr Investitionen und Konsum der Wachstumsprozeß

erneut in Gang kommt. Der geeignete Weg zu einer solchen Verbesserung der Renditeerwartungen ist jedoch umstritten.

### Die Strategie der Memorandumgruppe

Die Strategie der Memorandumgruppe ist im Kern nur nachfrageorientiert und zielt darauf ab, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu erhöhen, um dadurch Produktion und Beschäftigung zu steigern. Grundsätzlich kommen für eine Nachfragesteigerung alle Nachfragekomponenten in Betracht, also privater und staatlicher Konsum, private und staatliche Investitionen sowie die Exporte abzüglich der Importe. Während die meisten noch zu behandelnden Strategien das Schwergewicht auf die Anregung der privaten und staatlichen Investitionen legen, fordert die Memorandumgruppe neben einer nachfrageexpandierenden Fiskalpolitik, die sich auf Investitionen und Konsum richtet, auch eine expansive Lohn- und Rentenpolitik, durch die nur der private Konsum gefördert wird. Die Memorandumgruppe nimmt in Kauf, daß durch die hiermit verbundenen Lohnkostensteigerungen die privaten Gewinne eingeschränkt und dadurch die privaten Investitionen eventuell beeinträchtigt werden.

Die theoretische Grundlage dieser Forderungen ist eine Mischung von keynesianischen und marxistischen Überlegungen. Insbesondere sieht die Memorandumgruppe die Ursache des Beschäftigungsproblems in zu hohen Gewinnen und zu niedrigen Löhnen. Die Grund-

---

*Prof. Dr. Jürgen Kromphardt, 48, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Volkswirtschaftstheorie II, am Institut für Volkswirtschaftslehre der Technischen Universität Berlin.*

idee ist folgende: Überhöhte Gewinne veranlassen die Unternehmer, in der Hochkonjunktur mehr Investitionen vorzunehmen und Kapazitäten zu schaffen, als nachher ausgelastet werden können. Sobald die Unternehmer die fehlende Auslastung feststellen, bricht die Investitionskonjunktur und darauf allgemein die Konjunktur zusammen. Die Beschäftigungskrise tritt ein. Wären nun, so folgert die Memorandumgruppe, in der vorangegangenen Hochkonjunktur die Profite niedriger gewesen, hätte sich eine stetigere, vielleicht sogar stetige Entwicklung ergeben, welche die überschießende Nachfrage der Hochkonjunktur und den anschließenden Beschäftigungseinbruch in der Krise vermieden hätte.

Da überhöhte Gewinne die Ursache für den Beschäftigungseinbruch sind, fordert die Memorandumgruppe konsequenterweise neben einer nachfrageexpandierenden Haushaltspolitik des Staates auch eine nachfrageexpandierende Lohnpolitik, also Lohnsteigerungen, die über die Produktivitäts- und Preissteigerung hinausgehen, um dadurch zusätzliche Kaufkraft in Händen der Arbeitnehmer zu schaffen. Dabei erkennt die Memorandumgruppe durchaus, daß derartige Lohnsteigerungen von den Unternehmern in Preissteigerungen weitergewälzt werden können; sie fordert daher geeignete Auflagen und Kontrollen, z. B. selektive Preiskontrollen, um dieses zu verhindern. Außerdem verspricht sich die Gruppe von der von ihr geforderten „Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft“ verbesserte Möglichkeiten, Preisüberwälzungen zu verhindern.

Die theoretische Grundlage dieser Position ist vor allem aus drei Gründen zu kritisieren. Erstens ist es fraglich, ob die Krisenerklärung zutrifft; denn nach den Erkenntnissen der Konjunkturtheorie ergeben sich zyklische Schwankungen auch bei konstanter Gewinnquote allein durch das Zusammenwirken von induziertem Konsum (Multiplikator) und induzierten Investitionen (Akzelerator). Zweitens ist es sehr fraglich, ob eine Einschränkung der Gewinne in der Hochkonjunktur durch eine expansive Lohnpolitik überhaupt möglich ist; denn die Gewinne in einer Volkswirtschaft sind positiv mit der Höhe der Gesamtnachfrage verbunden. Drittens ist zu bezweifeln, daß die mit diesen Vorschlägen verbundene Einschränkung der Investitionstätigkeit angesichts der Umstrukturierungs- und Anpassungsprobleme unserer Volkswirtschaft vertretbar ist.

### **Das DIW-Programm**

Die nachfrage- und angebotsorientierten Strategien setzen auf nachfragewirksame Maßnahmen, die zugleich die Angebots- und Strukturprobleme berücksichtigen. Dies geschieht vor allem dadurch, daß die wirtschaftspolitischen Maßnahmen darauf ausgerichtet

werden, die privaten und öffentlichen Investitionen allgemein, insbesondere aber in bestimmten Schlüsselbereichen, zu fördern. Dadurch werden in strukturell erwünschter Weise neue Produktionskapazitäten geschaffen und damit das potentielle Angebot erhöht. Die für zusätzliche private Investitionen erforderliche Stabilisierung der mittelfristigen Renditeerwartungen der Unternehmer soll durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen, vor allem aber durch eine Belebung der Nachfrage, erreicht werden, die von einer expansiven Fiskalpolitik erwartet wird.

In der derzeitigen westdeutschen wirtschaftspolitischen Diskussion fordert insbesondere das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) eine beschäftigungsorientierte Fiskalpolitik bei stetiger Geldpolitik. Das DIW hat dieses Programm zuerst 1978 als „Mittelfristige Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung“ vorgelegt<sup>1</sup>. Theoretische Grundlage dieser Strategie ist die keynesianische Wirtschaftstheorie, nach der die Höhe der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage entscheidend die Produktion und damit die Beschäftigung eines Landes bestimmt.

Ausgangspunkt des Strategievorschlags des DIW ist eine Prognose der Beschäftigungsentwicklung in den 80er Jahren für den Fall, daß die derzeitige Wirtschaftspolitik unverändert fortgeführt wird, und unter Berücksichtigung der großen Zahl bis 1985 zusätzlich ins Erwerbsleben drängender Jugendlicher der geburtenstarken Jahrgänge. Dann ist nämlich nach den Berechnungen des DIW für 1985 mit 2,6 Mill. Arbeitssuchenden zu rechnen, die keinen Arbeitsplatz finden, und daher mit kaum weniger als 2 Mill. Arbeitslosen. Um dieser großen zu befürchtenden Zahl von Arbeitslosen einen Arbeitsplatz zu verschaffen, wird vom DIW ein umfangreiches Programm zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung durch Stimulierung der Nachfrage vorgeschlagen, das sich bis 1985 erstrecken soll. Bei der Präzisierung des Programms wird den anderen drängenden Problemen der westdeutschen Wirtschaft Rechnung getragen. So nimmt in dem Programm die Durchsetzung neuer Technologien zur rationelleren Verwendung vorhandener Energie und Rohstoffe und zur Anwendung alternativer Energie- und Rohstoffquellen einen wichtigen Platz ein. Diese Maßnahmen sollen helfen, das Leistungsbilanzdefizit abzubauen, das die Handlungsmöglichkeiten der Wirtschaftspolitik einschränkt. Weitere Programmpunkte beziehen sich auf die Verbesserung der Umweltqualität, den Ausbau der Lebensqualität unserer Städte und die Integration und bessere Versorgung von benachteiligten Gruppen in der Gesellschaft.

---

<sup>1</sup> Vgl. DIW-Wochenbericht Nr. 15, 1978.

### Die Forderungen des DGB

In die gleiche Richtung wie das soeben geschilderte Programm des DIW gehen die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), wenn sie auch in der Größenordnung und in der Betonung bestimmter Programmschwerpunkte voneinander abweichen. Beachtenswert ist, daß der DGB der aktuellen westdeutschen Diskussion über die Grenzen der Kreditfinanzierung von Staatsausgaben insofern Rechnung trägt, als er für die Finanzierung des von ihm vorgelegten Programms Vorschläge macht, die zur Erhöhung der Einnahmen des Staates führen. Besondere Beachtung in der Öffentlichkeit hat die geforderte Ergänzungsabgabe auf hohe Einkommen gefunden.

Das DIW und der DGB fordern kein kurzfristiges Konjunkturprogramm, über dessen mangelnde Wirksamkeit sich heute die meisten Ökonomen einig sind, sondern eine mittelfristige Strategie, die den Unternehmern eine dauerhaft steigende Nachfrage verspricht, so daß sie ihre Produktions- und Investitionsentscheidungen nach diesen dauerhaften Änderungen ihrer Absatzlage ausrichten können.

In die gleiche Richtung weist die Forderung des DIW nach einer stetigen Geldpolitik. Dies zeigt, daß eine keynesianisch begründete Stabilisierungspolitik nicht kurzfristig und antizyklisch angelegt sein muß. Vielmehr hat die Diskussion über die verzögerte Wirkung antizyklischer Maßnahmen und über die Probleme der Durchsetzung einer solchen Politik auch Keynesianer inzwischen bewogen, sich bezüglich der Geldpolitik auf die Forderung nach ihrer Verstetigung zu beschränken; die Expansion der Geldmenge soll sich an der Entwicklung des Produktionspotentials orientieren, um auf diese Weise den monetären Rahmen für eine wirtschaftliche Entwicklung im Rahmen des Wachstums des Produktionspotentials zur Verfügung zu stellen.

In echt keynesianischer Manier soll das DIW-Programm kurzfristig durch Kreditaufnahmen finanziert werden. Die durch dieses Programm herbeigeführte Expansion von Produktion, Einkommen und Beschäftigung soll die Steuereinnahmen des Staates (sowie seine Zahlungen für Arbeitslosenversicherung etc.) so günstig beeinflussen, daß sich das Programm nachträglich selbst finanziert. Der Staat muß nur die Vorfinanzierung übernehmen.

Das DIW hält also – zu Recht – das Argument für die aktuelle westdeutsche Situation für irrelevant, nach dem die expansive Fiskalpolitik auch kurzfristig keinen Produktions- und Beschäftigungseffekt habe, weil die zusätzliche, kreditfinanzierte Staatsnachfrage andere

private Nachfrage zurückdränge. Dieses Argument setzt vor allem auf den zinstreibenden Effekt der zusätzlichen Kreditaufnahme des Staates. Ob eine solche Wirkung eintritt, hängt jedoch vor allem davon ab, ob die Geldpolitik bereit ist, die staatliche Wirtschaftspolitik zu unterstützen<sup>2</sup>. Tut sie dies nicht (wie derzeit in der Bundesrepublik), dann ist sie die Ursache für das hohe Zinsniveau; dies wird besonders dann deutlich, wenn der Staat – wie bei uns der Bund – sich zu erheblichen Teilen nicht auf dem inländischen Kapitalmarkt, sondern im Ausland verschuldet.

Gegen die Kreditfinanzierung wird auch eingewendet, die mit dieser Politik einhergehende zunehmende Staatsverschuldung führe zu einer Verunsicherung der Erwartungen. Hier mag es nützlich sein, auf die Erfahrungen von 1967/68 hinzuweisen, als der damalige Wirtschaftsminister Schiller die westdeutsche Wirtschaft mit einer keynesianischen Strategie aus der Rezession erfolgreich herausführte. Ihm gelang es, die Erwartungen sehr positiv zu gestalten; offenbar kann man die Erwartungsbildung auch positiv – und nicht nur negativ – beeinflussen.

Dieser historische Hinweis reicht jedoch nicht aus; denn 1967/68 war das Niveau der Staatsverschuldung noch sehr niedrig, so daß von dort her kein Anlaß zur Besorgnis bestand. Dennoch lehrt dieses Beispiel: Die Erwartungen der Unternehmen und Konsumenten sind beeinflussbar. Wenn daher die Aufgabe der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als vorrangig bezeichnet wird, dann besteht die Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik nicht darin, aus der Unkenntnis der Sachzusammenhänge und aus irrigen historischen Analogien resultierende Befürchtungen und Ängste über die Wirkungen einer steigenden Staatsverschuldung als gegeben hinzunehmen (oder gar zu schüren), sondern durch Aufklärung über wirtschaftliche Zusammenhänge und durch überlegtes und entschlossenes Handeln diese Befürchtungen zu zerstreuen.

### Inflationäre Wirkungen?

Nach der überwiegenden Erfahrung erhöht sich bei einer Annäherung an die Vollbeschäftigung die Inflationsrate, da die Preis- und Lohnerhöhungsspielräume der Anbieter von Gütern und Arbeit zunehmen. Um dieser Wirkung entgegenzusteuern, hat sich das DIW wiederholt für eine Lohnpolitik ausgesprochen, die nicht nur den Nachfrageeffekt von Löhnen, sondern auch den Lohnkosteneffekt im Auge hat. Das DIW kann eine in diesem Sinne zurückhaltende Lohnpolitik auf der

<sup>2</sup> Vgl. dazu die Ausführungen von Gerold Krause-Junk: Warum (eigentlich) keine Beschäftigungsprogramme mit öffentlichen Ausgaben?, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 61. Jg. (1981), H. 12, S. 604 ff.

Grundlage keynesianischer Theorie befürworten, weil die für die mittelfristige Erhöhung der Renditeerwartungen der Unternehmer notwendige Belebung von Nachfrage und Produktion nicht aus der Lohnsteigerung erwartet wird, sondern aus der expansiven Fiskalpolitik. Im Rahmen einer solchen Gesamtstrategie hat die Lohnpolitik die Aufgabe, günstige Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die erhofften Mengenwirkungen eintreten und die Nachfrageexpansion nicht zum großen Teil in steigenden Preisen verpufft.

Diese Aufgabenzuweisung an die Lohnpolitik wäre unsinnig, wenn das monetaristische Argument zuträfe, daß eine nachfrageexpandierende Geld- oder Fiskalpolitik notwendigerweise auf Dauer nur zu Preissteigerungen führt, aber keine Produktions- und Beschäftigungswirkungen hat. Auf dieses Argument werde ich im Zusammenhang mit der theoretischen Fundierung der angebotsorientierten Strategien zurückkommen.

### Die Konzeption der Deutschen Bundesbank

Die Zuordnung der Konzeptionen der Deutschen Bundesbank, des Sachverständigenrats und der Supply Economics zu den angebotsorientierten Strategien ist vor allem wegen der Geldpolitik nicht unproblematisch. Alle drei Strategien umfassen nämlich eine restriktive antiinflationäre Geldpolitik. Diese soll sowohl die Nachfrage beeinflussen als auch direkt auf das Lohn- und Preisverhalten der Anbieter einwirken (letzteres vor allem durch die vorherige Ankündigung eines Geldmengenziels), und sie wirkt durch ihre Geldverknappung und -verteuerung eher angebotshemmend als angebotsbelebend.

Die Konzeption der Deutschen Bundesbank geht von der Vorstellung aus, eine erfolgreiche Inflationsbekämpfung sei Voraussetzung einer dauerhaften positiven Entwicklung der Beschäftigung. Anhänger dieser Ansicht findet man auch in anderen Zentralbanken, die mit ihren geldpolitischen Maßnahmen in erster Linie die Inflation bekämpfen, gleichzeitig aber hoffen, damit auf die Dauer auch dem Beschäftigungsziel zu dienen. Der Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, H. Schlesinger, drückte diese Position 1977 so aus<sup>3</sup>: „Es besteht für eine marktwirtschaftlich organisierte Volkswirtschaft kein Zweifel, daß die Stabilität des Preisniveaus nicht ein Wert an sich ist, sondern daß ein weitgehendes Maß an Preisstabilität die Voraussetzung dafür ist, daß die Vollbeschäftigung und die anderen wirtschaftspolitischen Ziele auf Dauer gesichert werden können.“

1981 ist seine Begründung für die fehlende Rücksichtnahme der Bundesbank auf die *aktuellen* beschäftigungspolitischen Sorgen allerdings eher negativ und

resignativ<sup>4</sup>: „Immer weniger spricht dafür, daß die Geldpolitik als Mittel der Vollbeschäftigungspolitik dienen kann, seit die Geldillusion geschwunden ist, seit m. a. W. die inflatorischen Wirkungen einer übertriebenen Geldmengenexpansion von vornherein erkannt werden und damit längerfristig von ihr keine Anregungen für Wachstum und Beschäftigung erwartet werden können.“

Dieser negative Aspekt ist in dem Zitat von 1977 bereits enthalten (keine dauerhafte Vollbeschäftigung bei expansiver, inflationstolerierender Geldpolitik). Seine theoretische Grundlage ist die – bereits genannte – monetaristische Makroökonomie. Diese behauptet, daß eine Geldmengenexpansion, die das Wachstum des Produktionspotentials übersteigt (das ist wohl mit „übertriebener“ Geldmengenexpansion gemeint), nur dann zu mehr Produktion und Beschäftigung führt, wenn die Anbieter von Gütern oder von Arbeit an Geldillusion leiden, also eine nominale Erhöhung der von ihnen erzielten Preise oder Löhne für real halten, selbst wenn das allgemeine Preisniveau steigt. Grundlage dieser Behauptung ist die Annahme eines sinkenden Grenzertrags der Arbeit: Wenn aufgrund einer erfolgreichen geldpolitischen Ankurbelung der Nachfrage mehr Arbeitskräfte eingesetzt werden, ist die Mehrproduktion eines jeden zusätzlich eingesetzten Arbeitnehmers niedriger als die durchschnittliche Produktionsleistung der bereits Beschäftigten. Folglich steigen – bei unverändertem Lohnsatz – die Lohnkosten je Produktionseinheit, was die Unternehmen veranlaßt, die Preise zu erhöhen. Falls die Arbeitnehmer den damit verbundenen Reallohnrückgang hinnehmen, weil sie ihn nicht bemerken (Geldillusion), bleibt die Mehrbeschäftigung bestehen. Setzen die Arbeitnehmer dagegen steigende Nominallöhne durch, dann geht die Beschäftigung entweder gleich wieder zurück, oder es wird eine Lohn-Preis-Spirale in Gang gesetzt. Die daraus resultierende schleichende Inflation muß jedoch irgendwann durch eine Stabilisierungskrise wieder beseitigt werden, in deren Gefolge die Mehrbeschäftigung spätestens verschwindet.

Dieses Argument ist an die Voraussetzung des abnehmenden Grenzertrags zusätzlich eingesetzter Arbeitskräfte gebunden. Zwar hat das „Gesetz vom abnehmenden Grenzertrag“ eine alte Tradition, es ist aber für den Fall des Mehreinsatzes eines Produktionsfaktors bei konstantem Einsatz aller anderen Produktionsfaktoren formuliert. Dieser Fall ist in einer Rezession je-

<sup>3</sup> Artikel „Beschäftigungs- und Konjunkturpolitik in der BRD“ von Helmut Schlesinger in: Handbuch der Wirtschaftswissenschaften (HdWW), Bd. 1 (1977), S. 501.

<sup>4</sup> Vortrag abgedruckt in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Auszüge aus Presseartikeln vom 31.8. 1981, S. 3.

doch üblicherweise nicht gegeben; vielmehr sind auch Maschinen und Anlagen unausgelastet, so daß bei einer Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern auch mehr Kapital im Produktionsprozeß eingesetzt wird. Dann aber gibt es keinen Grund, einen abnehmenden Grenzertrag der Arbeit zu erwarten. Dies gilt in einem um so größeren Maße, je mehr es einer expansiven Geldpolitik gelingt, z. B. durch Zinssenkung Investitionen zu induzieren, die ihrerseits wieder neues Sachkapital darstellen.

Die 1977 noch versprochene Vollbeschäftigung nach Erreichen der Preisstabilität kann nicht von der Geldpolitik erwartet werden; zumindest fehlt dafür eine theoretische Begründung. Denn aus der Behauptung, eine zu expansive Geldpolitik führe nicht zu mehr Beschäftigung, folgt nicht, daß eine nichtexpansive oder gar kontraktive Geldpolitik zu mehr Beschäftigung führt. Konsequenterweise weist daher die Bundesbank die Verantwortung für die Beschäftigungssituation der Lohnpolitik zu.

Die Empfehlungen der Bundesbank zur Lohnpolitik und auch zur Fiskalpolitik (zurückhaltende Lohnpolitik

und Konsolidierung des öffentlichen Haushalts) sind angebotsorientiert. Sie tragen nur dem Angebotsaspekt Rechnung und vernachlässigen die negativen Wirkungen der vorgeschlagenen Orientierung auf die inländische Nachfrage und auf die absatzabhängigen Renditeerwartungen der Unternehmer und damit auf die privaten Investitionen.

### Die theoretische Grundlage

Die theoretische Grundlage dieser Strategie muß in der (neo-)klassischen Ökonomie gesucht werden, d. h. in der klassischen Vorstellung, jedes Angebot schaffe sich seine Nachfrage oder – neoklassisch angewendet – für jedes Angebot gebe es einen Preis, bei dem Angebot und Nachfrage übereinstimmen. Die klassische Vorstellung, die als „Saysches Gesetz“ bezeichnet wird, hat ihren Ursprung in der Erkenntnis, daß in einer geldlosen Tauschwirtschaft jedes Angebot eines Gutes gleichzeitig notwendigerweise eine Nachfrage nach einem oder mehreren anderen Gütern bedeutet. In einer Geldwirtschaft gilt dies allerdings nicht mehr: Jetzt bedeutet jedes Angebot an Gütern zunächst Nachfrage nach Geld – und nur potentiell auch Nachfrage nach Gütern.

Die klassischen Ökonomen zogen aus dieser Einschränkung die Konsequenz, die Gültigkeit des Sayschen Gesetzes schließlich nur noch „auf lange Sicht“ zu behaupten. Die neoklassischen Ökonomen dagegen verfeinerten die Begründung des „Gesetzes“ mit Hilfe des Preismechanismus, der Angebot und Nachfrage stets zum Ausgleich bringt, sofern nur alle Preise (also auch Löhne und Zinsen) genügend flexibel sind. Inzwischen aber hat die neoklassische Allgemeine Gleichgewichtstheorie dieser Ansicht wieder den Boden unter den Füßen weggezogen. Sie zeigt nämlich, daß ein Ausgleich von Angebot und Nachfrage bei Vollbeschäftigung aller Produktionsfaktoren nur bei vollkommener Information und Voraussicht garantiert ist. Insbesondere müssen die Unternehmer wissen, welche Nachfrage die privaten Haushalte bei Vollbeschäftigung entfalten würden. Die Unternehmer kennen in der Realität aber nur die tatsächliche Nachfrage der privaten Haushalte, die von deren tatsächlichen (Unterbeschäftigungs-) Einkommen abhängig ist. Damit ist einer reinen Angebotspolitik, die sich um die Nachfrageseite gar nicht kümmert, die theoretische Basis entzogen.

### Die Strategie des SVR

Die Konzeptionen des Sachverständigenrats (SVR) und der Bundesbank stimmen weitgehend überein. Allerdings nimmt der SVR, der sich im Jahresgutachten

Das Jahresregister 1981  
der wirtschaftspolitischen  
Monatszeitschrift  
WIRTSCHAFTSDIENST  
liegt für unsere Leser bereit.  
Auf Anforderung senden wir  
es Ihnen gerne kostenlos zu.

Einbanddecken  
für den 61. Jahrgang 1981  
WIRTSCHAFTSDIENST  
können zum Preis von DM 12,-  
bezogen werden durch:

**VERLAG WELTARCHIV GMBH**  
**NEUER JUNGFERNSTIEG 21**  
**2000 HAMBURG 36**

1977/78 mit Hilfe des Sayschen Gesetzes der Nachfrageproblematik glaubte entledigen zu können („so schafft sich im Zusammenspiel der Vielen das Angebot seine Nachfrage“ – Tz. 241), in seinem jüngsten Gutachten eine differenzierte Haltung ein (siehe z. B. Tz. 301). Schon 1980 hatte sein Vorsitzender konzediert, es könne auch – jedenfalls vorübergehend – Keynesische Unterbeschäftigung geben, und die Auswirkung einer Einschränkung von Staatsausgaben könne zwispältig sein: „Reduktion staatlicher Defizite ist wachstumspolitisch expansive Politik, mag sie auch konjunkturell, also nachfrageseitig gesehen, kontraktiv sein.“<sup>5</sup>

Dieses Zitat spiegelt den Zeitmoment wider, den die späten Klassiker bereits berücksichtigt hatten: Auf die Dauer („wachstumspolitisch“) schafft sich zusätzliches Angebot auch zusätzliche Nachfrage, kurzfristig („konjunkturell“) mag die im Rahmen der Angebotspolitik für notwendig angesehene Senkung der Staatsausgaben eine negative Wirkung auf die Nachfrage haben. Die angebotsorientierte Politik kann daher keine Erfolge für sofort versprechen, sondern nur „auf Dauer“, wobei es schwierig ist zu begründen, wieso die Unternehmer in einer Situation das Angebot ausdehnen und Investitionen vornehmen sollen, in der die Nachfrage zurückgeht und ihr späteres Ansteigen nicht viel mehr als ein vages Versprechen der Theorie ist.

### Reagans „Supply-Side-Economics“

Am deutlichsten wird eine angebotsorientierte Politik zur Zeit in den USA unter Präsident Reagan propagiert und betrieben; deshalb sei sie hier zum Abschluß kurz angesprochen. Auch dort beschränkt sich die angestrebte angebotsorientierte Politik, die kurzfristig (!) wirksam sein soll, auf den Staatshaushalt, während gleichzeitig die Geldpolitik, die an der Inflationsrate orientiert ist, kontraktiv und mithin angebots- und konjunkturhemmend ist. Diese Kombination geht weitgehend von der irrigen Vorstellung aus, die Geldpolitik wirke nur auf die Preise, die Fiskalpolitik nur auf Mengen.

Herzstück der Angebotspolitik ist das Bemühen, individuelle Leistung, Gewinne und Investitionen durch ein Bündel von Maßnahmen verstärkt anzuregen, das vor allem enthält:

- den Abbau von Steuern und Abgaben auf zusätzliche Leistung;
- den Abbau von Sozialleistungen, die der Bedürftige ohne Leistung erhält;
- die Schwächung der Monopolmacht von Gewerkschaften auf einzelnen Teilmärkten und eine entsprechende Mäßigung der Lohnpolitik;

den Abbau von Investitionshemmnissen, die aus Genehmigungsvorschriften und -verfahren für Investitionsvorhaben resultieren, hinsichtlich ihrer Umweltverträglichkeit, der Sicherung usw.

Die – bereits beschlossene – stufenweise Senkung der Einkommensteuersätze soll die private Leistungs- und Investitionsbereitschaft so sehr stimulieren, daß Produktion, Beschäftigung und Einkommen kräftig anwachsen, so daß die anfängliche Steuersenkung mehr als ausgeglichen wird und das Steueraufkommen auf Dauer steigt. Die Stimulierung der privaten Leistungsbereitschaft und die Steuersenkungen sollen außerdem gemeinsam die Inflationsrate senken, da billiger produziert und angeboten werden kann.

Wenn sich die Stabilisierungspolitik auf diese Maßnahmen beschränkt – wie es einigen Vorschlägen von Arthur Laffer entspricht –, so handelt es sich im Grunde, trotz anderer Begründung, um die Kombination einer keynesianischen, nachfrageexpandierenden Steuersenkung (bei unveränderten Staatsausgaben) mit angebotsorientierten Maßnahmen. Dabei soll und kann das vergrößerte und verbilligte Angebot verhindern, daß die durch die Steuersenkung induzierte Nachfragesteigerung zu Preissteigerungen führt.

Die bisher verwirklichte Angebotspolitik der Reagan-Administration kombiniert dagegen die Steuersenkungen mit einer Senkung der Staatsausgaben mit dem Ziel des Budgetausgleichs bei einem niedrigen Niveau beider Größen, d. h. bei niedriger Staatsquote. Ausgehend von einem Budgetdefizit müssen dafür die Staatsausgaben stärker sinken als die Staatseinnahmen. Bei dieser Ausgestaltung der Fiskalpolitik wird die Nachfrage-seite gänzlich vernachlässigt.

Die zuletzt behandelten Strategien, die eine antiinflationäre Geldpolitik, die zumindest zum Teil auf der keynesianischen Nachfrageinflationstheorie beruht, mit einer angebotsorientierten Fiskal- und Lohnpolitik auf der Grundlage der klassischen und neoklassischen Theorie kombinieren, könnte man wegen dieser theoretischen Fundierung auch als gemischte Strategien bezeichnen. Es ist jedoch treffender, sie als angebotsorientiert anzusehen, weil sie von der Erwartung ausgehen, die angebotsorientierte Fiskal- und Lohnpolitik könne die gesetzten wachstums- und beschäftigungspolitischen Ziele erreichen, obwohl die Geldpolitik die Nachfrageentwicklung dämpft. Eine solche Erwartung ist nur möglich, wenn man meint, die Entwicklung werde vom Angebot bestimmt, an das sich die Nachfrage trotz mancher Widerstände anpaßt.

<sup>5</sup> Olaf Sievert: Position des Sachverständigenrats, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Vierteljahresheft Nr. 1/1980, S. 25.